
Möglicher Förderstopp bei Hybridfahrzeugen verspielt Verbrauchervertrauen

"Die Überlegungen, die Förderung für Plug-in Hybride auslaufen zu lassen, gefährdet in einer ohnehin angespannten Zeit den Hochlauf der E-Mobilität und ignoriert die Lebenswirklichkeiten der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland", erklärte Hildegard Müller, die Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie. Und auch Reinhard Zirpel, der Präsident des Verbands der Internationalen Kraftfahrzeughersteller (VDIK) und Thomas Peckruhn, der Vizepräsident des Zentralverbands Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK) halten sich bei ihrer Kritik nicht zurück.

Müller weist darauf hin, dass mit Blick auf eine noch immer vollkommen unzureichend ausgebaute Ladeinfrastruktur, die Plug-in-Hybride als Wegbereiter dienen und einen zentralen Baustein zur Vertrauensbildung beim Umstieg auf die Elektromobilität bilden. „Reichweitenangst bei Langstreckenfahrten gibt es hier nicht. Zudem können sie in Verbindung mit der Nutzung von alternativen Kraftstoffen elementarer Bestandteil des Antriebsportfolios der Zukunft sein.“

Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, hatte in einem Interview mit Vertretern der Funke-Medien erklärt, er wolle die Förderung für Plug in-Fahrzeuge zum Jahresende – und damit früher als im Koalitionsvertrag verabredet – auslaufen lassen und die Prämie für reinelektrische Fahrzeuge in Stufen reduzieren. In der Praxis würde das bedeuten, Plug-in-Käufer würden ihre Förderung und E-Auto-Käufer den vollen Satz nur noch dann erhalten, wenn der Antrag in diesem Jahr gestellt wird. Dabei gilt der Tag der Neuzulassung. Der Ärger bei Herstellern und Händler entzündet sich nun an dem Stichtag. Denn sowohl für die Plug-ins als auch für Elektroautos sind die Lieferzeiten heute so, dass eine Zulassung noch 2022 in vielen Fällen ausgeschlossen ist.

VDIK-Präsident Reinhard Zirpel dazu: „Wer ein batterieelektrisches Fahrzeug bestellt, erwirbt jetzt nur noch ein Los zur Teilnahme an der Förderlotterie. Das wird den Absatz dieser Fahrzeuge zunehmend bremsen.“ Die Händler hatten vorgeschlagen das Verfahren der Antragstellung zweistufig zu gestalten: Erst Antrag, dann Zulassung. Habeck und sein Haus hatten das aber abgelehnt und stattdessen vorgeschlagen, die Anbieterseite möge die ausfallenden Prämien zahlen. Dazu empört sich Peckruhn: „Die Hersteller tragen bereits von Anfang an Ihren Anteil am Umweltbonus. Eine Erhöhung dieses Anteils zum Ausgleich der Unsicherheit über den Lieferzeitpunkt ist nicht finanzierbar.“

Die VDA-Präsidentin mahnt: „Die aktuellen Überlegungen umzusetzen, wäre eine Entscheidung gegen die Verbraucher, gegen den Hochlauf der E-Mobilität und letztlich gegen den Standort Deutschland.“ Alle Sprecher sind sich einig: Viele Menschen werden so vom Einstieg in die E-Mobilität abgeschreckt. (aum)

Bilder zum Artikel



Hildegard Müller.

Foto: Autoren-Union Mobilität/VDA
